

Medienmitteilung

Bern, 4. August 2026

Parolenfassung HIV Kanton Bern 27. September 2026

Der HIV Kanton Bern hat folgende Parolen gefasst:

1. **NEIN zur eidgenössischen Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»**
2. **NEIN zur kantonalen Initiative «Berner Bildungsinitiative»**
3. **NEIN zur eidgenössischen Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung - durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)»**

NEIN zur Neutralitätsinitiative

Die Neutralitätsinitiative verlangt, dass die Schweiz eine immerwährende, umfassende und bewaffnete Neutralität in der Bundesverfassung verankert. Konkret dürfte sich die Schweiz künftig weder an militärischen Konflikten beteiligen noch Sanktionen gegen kriegführende Staaten unterstützen. Internationale Kooperationen wären nur noch möglich, wenn sie mit dieser sehr strikten Neutralitätsdefinition vereinbar sind.

Der HIV Kanton Bern lehnt die Initiative ab. Zwar betrifft die Vorlage in erster Linie die Aussen- und Sicherheitspolitik. Für einen exportorientierten Wirtschaftsstandort wie die Schweiz - und insbesondere für den Kanton Bern mit seiner starken Exportindustrie in Maschinenbau, Medtech, Präzisionsindustrie und Dienstleistungen — hätte eine starre Neutralitätsdefinition jedoch spürbare wirtschaftliche Folgen. Die Schweiz ist auf stabile internationale Beziehungen, verlässliche Partnerschaften und eine handlungsfähige Aussenpolitik angewiesen. Eine verfassungsrechtlich fixierte Neutralität würde die aussenpolitische Flexibilität massiv einschränken und könnte die Schweiz als weniger verlässlichen Partner erscheinen lassen. Damit würden Kooperationen in Handel, Forschung und Innovation erschwert. Für den Wirtschaftsstandort Bern ist kein Vorteil erkennbar - im Gegenteil: Die Initiative schafft Unsicherheit für international tätige Unternehmen und schwächt die internationale Einbindung der Schweiz.

NEIN zur Berner Bildungsinitiative

Die Berner Bildungsinitiative verlangt, dass Kanton und Gemeinden eine flächendeckend hohe Bildungsqualität sicherstellen und dafür die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen. Zudem sollen genügend qualifizierte Lehr- und Fachpersonen vorhanden sein und so eingesetzt werden, dass ihre Arbeit primär den Schülerinnen und Schülern zugutekommt. Dafür soll die Kantonsverfassung um drei neue Artikel ergänzt werden.

Der HIV Kanton Bern anerkennt die grosse Bedeutung einer starken Bildungslandschaft für den Wirtschaftsstandort. Gute Schulen, qualifizierte Fachkräfte und ein leistungsfähiges Bildungssystem sind zentrale Voraussetzungen für Innovation, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Die Initiative ist aus Sicht des HIV dennoch der falsche Weg.

Die Anliegen sind bereits heute auf gesetzlicher und strategischer Ebene verankert. In den vergangenen Jahren wurden zudem Massnahmen zur Stärkung der Schulen umgesetzt. Zusätzliche Vorgaben in der Verfassung bringen deshalb keinen erkennbaren Mehrwert, schränken aber den finanzpolitischen Handlungsspielraum ein. Besonders problematisch sind die unklaren finanziellen Folgen: Automatische Mehrausgaben könnten zu Steuererhöhungen oder zu Kürzungen in anderen wichtigen Aufgabenbereichen führen. Der Kanton Bern gibt im interkantonalen Vergleich bereits heute viel für Bildung aus. Deshalb braucht es keine starre Verfassungsbestimmung, sondern eine flexible, wirkungsorientierte und finanziell verantwortbare Bildungspolitik.

NEIN zur Ernährungsinitiative

Die Ernährungsinitiative verlangt, dass die Schweiz ihre Ernährungssicherheit primär durch eine stärkere inländische Produktion, eine deutliche Ausweitung pflanzlicher Lebensmittel sowie strengere Vorgaben für sauberes Trinkwasser sicherstellt. Der Bund müsste dazu umfassende Massnahmen ergreifen, die Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel und Konsum betreffen könnten - von Produktionsvorschriften über Marktinterventionen bis hin zu Importrestriktionen.

Der HIV Kanton Bern lehnt die Initiative ab. Sie greift tief in Marktmechanismen, Produktionsprozesse und Konsumentenscheide ein und schafft neue Regulierungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Aus Sicht der Wirtschaft ist dies weder zielführend noch verhältnismässig.

Die Initiative würde die Produktionskosten erhöhen, die Wettbewerbsfähigkeit schwächen und die Produktvielfalt einschränken. Gleichzeitig könnte sie die Versorgungssicherheit paradoxerweise verschlechtern: Wenn die inländische Produktion durch zusätzliche Auflagen belastet und Importe erschwert werden, steigt das Risiko von Engpässen und höheren Preisen. Auch für Unternehmen in Verarbeitung, Handel, Gastronomie und Logistik entstünden zusätzliche Unsicherheiten und administrative Lasten.

Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit sind wichtige Ziele. Sie müssen jedoch mit marktwirtschaftlichen Instrumenten, Innovation, technologischer Offenheit und internationaler Einbindung erreicht werden - nicht mit starren Verfassungsvorgaben und kostspieligen Eingriffen in Produktion und Konsum. Die Ernährungsinitiative schafft mehr Komplexität, mehr Regulierung und mehr Unsicherheit.

Weitere Informationen:

Henrik Schoop, Direktor HIV Kanton Bern, 079 790 30 48